



Landes-SGK EXTRA

Sachsen-Anhalt/Thüringen/Sachsen

SGK Sachsen-Anhalt e.V. / SGK Thüringen e.V. / SGK Sachsen e.V.

Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie“ legt Empfehlungen vor

Änderungen um Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt geplant

Autor Alexander Lehmann, Landesgeschäftsführer SGK Sachsen-Anhalt

Im Oktober hat die Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie“ die von den Koalitionsfraktionen vorgelegten gemeinsamen Empfehlungen einstimmig beschlossen. Diese sehen eine Reihe von Veränderungen im Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt vor.

Dr. Katja Pähle, Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied der Kommission, erklärt: „Schon die erste inhaltliche Sitzung der Kommission hat deutlich gemacht, dass es richtig ist, Ortschaften mit weniger als 300 Einwohnern auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, Demokratie vor Ort zu leben, indem sie einen Ortschaftsrat wählen. Auch mit weiteren Änderungen wie der vorgeschlagenen Verpflichtung zur Versendung ausgewogener Informationen im Vorfeld eines Bürgerentscheids wollen wir die Diskussionskultur in den Städten und Gemeinden stärken – denn Demokratie ist mehr als nur der Akt des Abstimmens.“

Zu den vorgelegten Empfehlungen gab es im Vorfeld eine enge Diskussion mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik. Wichtigste Punkte der Empfehlungen sind:

- Ortschaften unter 300 Einwohnern sollen ab 2019 weiterhin die Möglichkeit haben, entweder einen Ortschaftsrat oder einen Ortsvorsteher zu wählen.
- Im Kommunalverfassungsgesetz soll die Möglichkeit geschaffen werden, Ortschaftsräte in Stadtteilen zu wählen. Die entsprechenden

Regelungen hierzu sollen in der jeweiligen Hauptsatzung festgelegt werden.

- Fristen zur Beantwortung von Fragen kommunaler Mandatsträger sollen im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung auch künftig in den Geschäftsordnungen der Gemeinden und nicht einheitlich im Gesetz geregelt werden.
- Die Enquete-Kommission begrüßt das Urteil des Verwaltungsgerichts Magdeburg zu Bürgerfragestunden in nichtbeschließenden Ausschüssen und empfiehlt, die fakultative, bereits jetzt mögliche Durchführung von Bürgerfragestunden explizit im Kommunalverfassungsgesetz zu regeln.
- Um für kommunale Vertreter in privatrechtlich organisierten Unternehmen in besonderen Fällen eine rechtssichere Berichtsmöglichkeit gegenüber der kommunalen Vertretung zu schaffen, soll die Einführung einer neuen Regelung im Kommunalverfassungsgesetz geprüft werden, die den gesellschaftsrechtlichen Vorgaben des Aktiengesetzes und des GmbH-Gesetzes Rechnung trägt.
- Die Zahl der erforderlichen Unterschriften für Einwohneranträge soll von fünf auf drei Prozent der stimmberechtigten Einwohner abgesenkt werden, verbunden mit einer entsprechenden Absenkung der Höchstzahlen nach Gemeindegröße.
- Das erforderliche Zustimmungsquorum für Bürgerentscheide soll

von 25 auf 20 Prozent abgesenkt werden.

- Anstelle des bisherigen verpflichtenden Kostendeckungsvorschlags für Bürgerbegehren soll eine anwendungsfreundlichere Kostenschätzung eingeführt werden, die die Verwaltung den Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens zusammen mit einem Kostendeckungsvorschlag mitteilt. Den Vertretungsberechtigten soll zudem Anwesenheitsrecht in den Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse gegeben werden, in denen das Bürgerbegehren beraten wird. Sie sollten bei Bedarf zum Sachverhalt angehört werden. Alle Beratungen von Bürgerbegehren in den Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse sollten öffentlich sein.
- Zur Versachlichung der Diskussion im Vorfeld von Bürgerentscheiden sollen ausgewogene Informationen über die abzustimmende Sache in leichter Sprache bereitgestellt werden. Die Informationen sollten idealerweise gemeinsam mit den Wahlunterlagen versandt werden.
- Zur Stärkung der Beteiligung und zur Minimierung von Kosten und Aufwand soll festgelegt werden, dass der Abstimmungstermin wenn möglich auf einen Wahltermin in zeitlicher Nähe zu legen ist.

Inhalt

Sachsen-Anhalt Veranstaltungen

Gemeindefinanzbericht 2017

Thüringen Investitionen ohne neue Schulden

Günstig studieren
und wohnen

Mehr Geld für Kommunen

SPD stärkt
Freiwillige Feuerwehren

Sachsen
Fahrpreiserhöhungen
begrenzen

Neue Schwerpunkte bei
öffentlich geförderter
Beschäftigung

Plauen setzt auf
Stadtteiltage

Veranstaltungen der Bundes-SGK im Jahr 2018

27. bis 29. April 2018

in Hannover
Intensivcoaching für Frauen in
kommunalen Führungspositionen

25. bis 26. Mai 2018

in Springe
Geschäftsführung von Rats- und
Kreistagsfraktionen

12. bis 13. Oktober 2018

in Springe
Mein Weg zur Bürgermeisterin –
Frauen ins Rathaus

23. bis 24. November 2018

in Kassel
Delegiertenversammlung der
Bundes-SGK

Deutscher Städtetag legt Gemeindefinanzbericht 2017 vor

Chancengerechtigkeit in Städten und Regionen herstellen – Abbau von Kommunalen Altschulden ermöglichen

Autor Deutscher Städtetag



Städtetag stellt Gemeindefinanzbericht 2017 vor.

Foto: Timo Klostermeier/pixelio.de

Die Städte fordern von einer neuen Bundesregierung Lösungen, um wachsende Unterschiede zwischen strukturschwachen und wirtschaftsstarke Städte und Regionen abzubauen, regionale Chancengleichheit herzustellen und den Abbau von Altschulden zu ermöglichen.

Dedy fordert gesamtdeutsches Regionalfördersystem

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Helmut Dedy sagte anlässlich der Veröffentlichung des Gemeindefinanzberichts 2017 des Deutschen Städtetages: „Wir wollen, dass unsere Städte Chancen für alle Menschen bieten, die in ihnen wohnen. Egal, ob in Ost, West, Nord oder Süd. Bund und Länder müssen dafür sorgen, dass die Städte finanziell so ausgestattet sind, ihre Aufgaben erfüllen zu können und dass die Infrastruktur nicht verfällt. Dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse fühlen sich auch Bund und Länder verpflichtet. Jetzt ist es an der Zeit, den Sonntagsreden konkrete Taten folgen zu lassen. Deshalb fordern wir

von einer neuen Regierungskoalition den Ausbau der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur zu einem leistungsfähigen gesamtdeutschen Regionalfördersystem, das Entwicklungschancen für alle Städte bietet und das Wachstum in den strukturschwachen Regionen stärkt. Die Mittel von derzeit jährlich 320 Millionen Euro für die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur müssen entscheidend aufgestockt werden, damit zurückgefallene Kommunen und Regionen wirklich aufholen können.“

Die regionalen Unterschiede haben in den vergangenen Jahrzehnten vielfach zugenommen. Gleichzeitig zeige die Entwicklung in einigen Regionen in Ostdeutschland, dass sich durch Investitionen in die örtliche Infrastruktur die Chancen auf Anschluss an die allgemeine Entwicklung verbessern können, so Dedy. Diese Chance müsse allen strukturschwachen Regionen in Ost und West gewährt werden.

Der Deutsche Städtetag zeigt sich besorgt angesichts des Risikos, das

sich aus den immens hohen Altschuldenbeständen vor allem in strukturschwachen Kommunen ergibt. Bei wieder steigenden Zinsen sei das kaum beherrschbar. Davon betroffene Städte können ihr Altschuldenproblem nicht allein und aus eigener Kraft lösen. Diese Städte sollten Unterstützung von Bund und Ländern erhalten, erläutert die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert.

Zahlen und Erläuterungen zur kommunalen Finanzlage

Kernaussagen aus dem Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages 2017:

- Für das Jahr 2017 prognostiziert der Deutsche Städtetag insgesamt kommunale Einnahmen von 246,9 Milliarden Euro – das sind plus 5,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Er rechnet mit Ausgaben von 242,8 Milliarden Euro, was einem Anstieg um 5,9 Prozent entspricht.
- Bei den kommunalen Steuereinnahmen wird für 2017 eine Steige-

rung von 5,0 Prozent erwartet. Die kommunalen Steuereinnahmen erreichen im Jahr 2017 voraussichtlich das Volumen von 94,3 Milliarden Euro. Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen beträgt im Jahr 2017 circa 38 Prozent.

- Der Finanzierungssaldo der Gesamtheit der Kernhaushalte der Städte, Landkreise und Gemeinden ist im Jahr 2017 voraussichtlich positiv. Das Vorjahresniveau kann eventuell erreicht werden. In den Jahren 2018 und 2019 ist mit deutlich schlechteren Ergebnissen zu rechnen. Derzeit muss für das Jahr 2019 sogar mit einem Defizit gerechnet werden, da viele Regelungen zur Flüchtlingsfinanzierung bislang bis zum Jahr 2018 befristet sind.

- Die Kassenkredite in den Kernhaushalten der Kommunen betragen zum Jahresende 2016 insgesamt 49,7 Milliarden Euro. Sie verharren damit auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

- Bei den kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen sind 2017 Steigerungen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 5,6 Prozent zu erwarten. Mit einem Rückgang der Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge gehen die Sozialausgaben keinesfalls automatisch zurück, so dass sich der Bedarf an Transferleistungen an der Zahl der zu versorgenden Flüchtlinge orientiert. Durch den Flüchtlingszuzug fand eine Niveauverschiebung bei den Sozialausgaben statt. Vergleichbare Steigerungsraten wie im Vorjahr, in dem das Wachstum der Sozialausgaben über zehn Prozent betrug, können ausgeschlossen werden. Das Niveau der Sozialen Leistungen wird im Jahr 2017 voraussichtlich bei 62,3 Milliarden Euro liegen.

- Bei den Investitionen ist im laufenden Jahr eine deutliche Steigerung um 14,4 Prozent auf 27,2 Milliarden Euro zu erwarten. Diese überproportionalen Steigerungen, die sich in den kommenden Jahren nicht fortsetzen werden, sind insbesondere eine Reaktion auf den leichten Rückgang des Investitionsvolumens im Vorjahr. Die Investitionstätigkeit der Kommunen reicht allerdings dennoch nicht aus, um den auf kommunaler Ebene bestehenden erheblichen Investitionsstau mittelfristig abbauen zu können.

DEMO

VORWÄRTS-KOMMUNAL

■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**BESUCHEN
SIE UNS AUF**

www.demo-online.de

**MEHR INFOS,
MEHR HINTERGRÜNDE,
NEUES LAYOUT:**

www.demo-online.de

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog,
DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.



Günstig studieren und wohnen

Studierendenwerk gewährleistet bezahlbaren Wohnraum auch in angespannten Lagen

Autor SGK Thüringen

Das Studierendenwerk Thüringen hat im November seine sanierte Wohnanlage an der Adresse Schlegelstraße 2 in Jena eingeweiht. Außerdem legten am 29. November Bundesbauministerin Barbara Hendricks und Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee gemeinsam mit Studierendenwerks-Geschäftsführer Ralf Schmidt-Röh den Grundstein für ein neues Wohnhaus im Spitzweidenweg.

Damit wird gerade für diejenigen bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt, die nicht über den sonst benötigten finanziellen Spielraum verfügen. „Das Studierendenwerk kommt damit der steigenden Nachfrage nach“, so die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Eleonore Mühlbauer. Das



Wohnanlage

Foto: Studierendenwerk Thüringen

sei eine Investition auch in die Zukunft unseres Freistaats. „Mit dem Neubau in Jena schafft das Studierendenwerk bezahlbare Angebote in einer Stadt mit einem angespannten Wohnungsmarkt“, so die Sozialdemokratin.

Fördermittel vom Bund

Mithilfe von Landesmitteln wird ein vollständiger Plattenbaukomplex in der Schlegelstraße im Jenaer Stadtteil Lobeda saniert. Die Hausnummern 4, 6 und 8 werden in weiteren Bauabschnitten mit neuen haustechnischen Anlagen ausgestattet. Die neue Studierendenwohnanlage im Spitzweidenweg in der Nähe des Saalbahnhofs erhält vom Bundesministerium eine Förderung von 1,8 Millionen Euro. „Ich freue mich, dass Ministerin Hendricks die Förderrichtlinie ‚Variowohnen – Flexibel, nachhaltig und bezahlbar‘ für die Studierendenwerke aufgelegt hat und somit die Förderung neuen bezahlbaren studentischen Wohnung unterstützt“, so Mühlbauer.

Mehr Geld für Kommunen

Haushalt I: Anträge für mehr Geld für die Kommunen sowie für Bildung und Infrastruktur auf den Weg gebracht

Anfang November haben die Koalitionsfraktionen im Thüringer Landtag ein erstes Paket mit 60 Änderungsanträgen zum Haushalt 2018/2019 auf den Weg gebracht. Die Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN schlagen vor, 2018 und 2019 insgesamt 164 Millionen Euro zugunsten der Kommunen, von mehr Lehrern und Kita-Erziehern sowie für zusätzliche Investitionen in die kommunale Infrastruktur umzuschichten.

Dr. Werner Pidde, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, erklärt dazu: „Kernstück der vorgelegten Änderungsanträge ist ein Bildungspaket. Die mit dem Haushalt 2018/2019 ohnehin stark aufgestockten Ausgaben für Bildung – von der Kita bis zum Hochschul- oder Meisterabschluss – werden um weitere 70,5 Millionen Euro erhöht. Damit wollen wir mehr Lehrer in die Schulen und mehr Erzieher in die Kindertagesstätten bringen“, so Pidde.

Die an die Kommunen auszahlende Finanzausgleichsmasse wird den rot-rot-grünen Änderungsanträgen zufolge im Jahr 2018 um insgesamt 29,49 Millionen Euro und im Jahr

2019 um insgesamt 37,95 Millionen Euro steigen. In den Steigerungen enthalten sind zusätzliche Mittel zur Finanzierung des neuen Unterhaltsvorschussgesetzes, eine finanzielle Abfederung der vorgesehenen Änderungen bei der Verteilung der gemeindlichen Schlüsselzuweisungen, mehr Geld für den Kulturlastenausgleich sowie eine Erhöhung der kindbezogenen Landeszuschüsse für die Kindertagesbetreuung. Zahlreiche weitere Änderungsanträge dienen dem Ziel, in den Thüringer Kommunen zusätzliche Investitionen zu ermöglichen. So soll das rot-rot-grüne Schulbauprogramm insgesamt um weitere 10 Millionen Euro erhöht werden. Mehr Geld ist auch für kommunalen Straßenbau und für Investitionen im ÖPNV vorgesehen.

Bis auf die Mehrausgaben beim Unterhaltsvorschuss, die zum Teil durch zusätzliche Einnahmen vom Bund gedeckt werden können, werden die

vorgesehenen Mehrausgaben durch Einsparungen oder die zeitliche Verschiebung von Ausgaben in anderen Bereichen gegenfinanziert. Zu den vorgeschlagenen Deckungsquellen gehören die Zinsausgaben des Landes, die Ausgaben für die Flüchtlingsbetreuung und die Zuführungen an das Wohnungsbauvermögen. Bei den Ausgaben für die Gebietsreform führt die Verschiebung des zeitlichen Ablaufs zu einem späteren Mittelbedarf, der durch die Veranschlagung einer so genannten Verpflichtungsermächtigung haushaltsrechtlich gesichert wird. Pidde verwies darauf, dass die CDU-Landtagsfraktion den vom Haushalts- und Finanzausschuss festgelegten wichtigen Termin für die Einreichung von kommunalrelevanten Änderungsanträgen verstreichen lassen hat, ohne eigene Anträge für die vereinbarte Anhörung der kommunalen Spitzenverbände vorzulegen. „Damit setzt die Union offensichtlich ihre Verzögerungs- und Blockadetaktik bei den diesjährigen Haushaltsberatungen fort, die schon zu einer zeitlichen Verschiebung der Haushaltsverabschiedung ins kommende Jahr geführt hat“, kritisiert Pidde.

SGK THÜRINGEN

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Sachsen-Anhalt e.V.
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg
Redaktion: Alexander Lehmann,
Telefon/Fax: (0391) 25 85 75 54
www.sgk-lsa.de, info@sgk-lsa.de

SGK Thüringen e.V.
Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt
Redaktion: Andreas Haase
Telefon: (0361) 228 44 21
info@sgkthuringen.de

SGK Sachsen e.V.
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Redaktion: Karin Pritzel, Stefan Engel
Telefon: (0351) 21 670 91

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

SPD stärkt Freiwillige Feuerwehren

Umfangreiches Paket für die Thüringer Feuerwehr

Nach einer Anhörung im Innenausschuss zur Situation der Freiwilligen Feuerwehren in Thüringen und Vorort-Besuchen durch Abgeordnete in der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule stärkt Rot-Rot-Grün nun mit einem Paket das Ehrenamt, die Nachwuchsgewinnung und die Ausbildung bei der Feuerwehr. Die Koalitionäre kritisieren, dass die CDU die Initiative für die Feuerwehren nicht unterstützt.

Die Innenpolitiker Steffen Dittes (DIE LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklären: „Die Angehörigen der Thüringer Feuerwehren leisten oft unter Einsatz ihres Lebens einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit. Die Menschen in Thüringen müssen sich im Ernstfall auf professionelle Rettung verlassen können und die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr brauchen die Sicherheit für eine funktionierende Aus- und Weiterbildung durch die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule. Deshalb werden wir insgesamt sieben neue Fachlehrer-

stellen in der Schule schaffen und damit die qualitativ hochwertige Ausbildung absichern.“ In einem weiteren Antrag zur nächsten Landtagsitzung werden die Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusätzliche Verbesserungen und Maßnahmen für die Feuerwehren in Thüringen auf den Weg bringen.

Anreize für Mitglieder schaffen

Dorothea Marx erklärt: „Wir wollen die Brandschutzerziehung in den Thüringer Schulen flächendeckend intensivieren und werden mit unserer parlamentarischen Initiative eine Konzeption auf den Weg bringen. Außerdem sorgen wir dafür, dass das ehrenamtliche Engagement unserer Feuerwehrleute auch in finanzieller Hinsicht angemessen gewürdigt wird. Deshalb werden wir eine Novellierung der bisherigen Entschädigungsverordnung, die zuletzt vor 15 Jahren angepasst wurde, anstoßen. Darüber hinaus wollen wir nach dem Vorbild anderer Bundesländer Möglichkeiten schaffen, besondere Anreize für Mitglieder der Feuerwehr zu schaffen. Zu

diesem Zweck werden wir einen Empfehlungskatalog für die Kommunen auf den Weg bringen, wie das Feuerwehr-Ehrenamt bspw. durch Vergünstigungen beim Besuch kommunaler Freizeit- und Erholungseinrichtungen attraktiver werden kann.“

Steffen Dittes (DIE LINKE) erklärt: „Zur Schaffung der Stelle eines Ehrenamtskoordinators erhöht Rot-Rot-Grün noch einmal die Förderung des Landesfeuerwehrverbandes um 100.000 Euro im Doppelhaushalt. Insgesamt stehen im Haushalt 2018 und 2019 für die Verbandsarbeit und für die Kampagne zur Mitgliederwerbung 765.000 Euro zur Verfügung. Schließlich bleibt die Nachwuchsgewinnung im ländlichen Raum eine der größten Herausforderungen. Wir wollen mehr junge Menschen motivieren, sich einzusetzen.“

Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt: „Die Freiwilligen Feuerwehren sind auf kommunaler Ebene ein wichtiger Bestandteil des Ortslebens. Um den kommunalen Aufga-

benägern die Möglichkeit zu geben, die Attraktivität des Ehrenamtes in der Feuerwehr mit entsprechenden Maßnahmen zu erhöhen, werden wir die Jugendpauschale auf jährlich 25 Euro pro Angehörige/n anheben. Für Angehörige der Jugendfeuerwehr, die Lehrgänge zum Jugendwart bzw. Jugendgruppenleiter absolvieren, sollen künftig Arbeitsentgelte fortgezahlt bzw. Verdienstausschlag ersetzt werden.“

Verwundert zeigen sich die Koalitionäre über das Verhalten der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. „Wir haben in mehreren Beratungen versucht, gemeinsam mit den CDU-Innenpolitikern Verbesserungen für die Feuerwehren zu erzielen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es der CDU nicht um gute Lösungen für die Thüringer Feuerwehren, sondern um oppositionelle Symbolpolitik geht. Dies ist besonders bedauerlich, da insbesondere bei der Landesfeuerwehrschule eine überparteiliche Einigkeit besteht, dass hier ein schnelles Handeln der Politik erforderlich ist, um die Lehrgänge abzusichern.“

SGK THÜRINGEN

Investitionen ohne neue Schulden

Haushalt II: Das Land Thüringen will die günstigen Rahmenbedingungen nutzen

Autor SGK Thüringen

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Dr. Werner Pidde, hat darauf hingewiesen, dass die rot-rot-grüne Regierungskoalition mit dem vorliegenden Doppelhaushalt 2018/2019 die Investitionen deutlich erhöht und dass das ein wesentlicher Grund für den Anstieg des Haushaltsvolumens ist.

„Es gibt in Thüringen einen riesigen Investitionsstau und wir nutzen die günstigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen, um diesen Investitionsstau abzubauen. Das geplante Ausgabevolumen für Investitionen liegt nach dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf für 2018 um 354 Millionen Euro über den Inves-



Dr. Werner Pidde Foto: SPD-Thüringer Landtag

tionen im Jahr 2014, dem letzten Jahr mit CDU-Regierungsbeteiligung. Die Investitionsquote steigt

auf 14,5 Prozent – seit 2011 war sie nicht höher“, so der SPD-Politiker.

Aus Piddes Sicht blenden die Verfechter einer Tilgung um jeden Preis leider immer aus, dass nicht getätigte Investitionen zukünftige Generationen genauso, wenn nicht noch stärker belasten als bestehende Schulden. Seit Jahren zehre Deutschland und auch Thüringen durch nicht getätigte Investitionen von der Substanz.

Dreiklang im Blick

Der SPD-Finanzpolitiker verwies darauf, dass die aktuelle Finanzpolitik der rot-rot-grünen Regierungskoalition durchaus auch den vom Rechnungshofpräsidenten Sebasti-

an Dette geforderten Dreiklang von Investieren, Schuldentilgung und Rücklagenbildung im Blick habe.

„Wir werden nicht nur investieren, wir werden auch Schulden tilgen und wir werden zudem eine solide Rücklage als Vorsorge für zukünftige konjunkturelle Schwankungen aufbauen“, zeigte sich Pidde zuversichtlich. Der Abgeordnete verwies darauf, dass die Gesamtverschuldung des Freistaates Thüringen am Ende der Wahlperiode um mehrere Hundert Millionen Euro niedriger sein werde als zum Zeitpunkt der rot-rot-grünen Regierungsaufnahme.

„Die rot-rot-grüne Regierungskoalition wird als die Koalition in die jüngere Geschichte Thüringens eingehen, die als erste über eine gesamte Wahlperiode hinweg keine neuen Schulden machen musste. Das finde ich durchaus beachtlich“, so Pidde abschließend.

SPD-Fraktion: Fahrpreiserhöhungen bei den Leipziger Verkehrsbetrieben begrenzen

Verwaltung soll Eigentümerziele erarbeiten – mehr Einfluss des Stadtrates auf die Unternehmensentwicklung

Autor SGK Sachsen

Die Leipziger SPD-Stadtratsfraktion hat einen Antrag ins Ratsverfahren gebracht, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt werden soll, Eigentümerziele für die Leipziger Verkehrsbetriebe zu erarbeiten. Neben Finanzzielen, wie beispielsweise dem Kostendeckungsgrad, sollen darin auch Sachziele, etwa zur Sicherheit in Bussen und Bahnen sowie an Haltestellen oder zum Ticketing, aufgenommen werden, durch die die Finanzkraft der Gesellschaft und die Attraktivität des ÖPNV-Angebots in Leipzig stärker in den Fokus rücken sollen. Auch soll

eine deutliche Begrenzung der jährlichen Fahrpreiserhöhungen durch den Eigentümer Stadt Leipzig festgeschrieben werden.

3,5 Prozent Fahrpreiserhöhung nicht hinnehmbar

„Das Rückgrat des urbanen Verkehrs ist und bleibt der öffentliche Personennahverkehr“, so Heiko Oßwald, beteiligungspolitischer Sprecher der Fraktion. „Ihm kommt durch die steigende Einwohnerzahl zukünftig eine noch bedeutendere Rolle zu. Aus unserer Sicht ist es deshalb sinnvoll,

dass die Stadt deutlicher formuliert, was sie von den Verkehrsbetrieben erwartet. Vor allem hinsichtlich der jährlichen Preiserhöhungen bei den Fahrkarten der LVB ist eine klare Ansage des Gesellschafters Stadt Leipzig erforderlich. Im Schnitt sind die Ticketpreise jährlich um rund 3,5 Prozent gestiegen und das soll nach der aktuellen strategischen Unternehmensplanung für die nächsten zehn Jahre auch so fortgeschrieben werden. Für uns Sozialdemokraten ist diese Preispolitik zukünftig nicht mehr länger hinnehmbar, auch weil

diese die ÖPNV-Nutzung auf Dauer unattraktiv macht.“

Höhere Zuschüsse kein Allheilmittel

Aus Sicht der SPD-Fraktion lässt sich beispielsweise eine deutliche Begrenzung von Fahrpreiserhöhungen nur mittels Vorgabe über Eigentümerziele erreichen. Die Einbringung eines Tarifmoratoriums im MDV hätte alleine die Stadt Leipzig finanziell belastet, eine pauschale Erhöhung der Zuschüsse über den Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag hätte

Anzeige

Ordnung – so einfach

DEMO – das sozialdemokratische Magazin für Kommunalpolitik, schnell griffbereit im handlichen Sammelordner.

Passend für das neue Zeitungsformat!



Illustration: Finales layout kann abweichen!

BESTELL-COUPON

Ja, ich bestelle:

___ (Anzahl) DEMO-Ordner á 12,99 € zzgl. MwSt. und Versand, Maße: 6 x 37 x 30,3 cm (B x H x T)

per Post: DEMO, Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

per Mail: redaktion@demo-online.de

per Fax: 030/25594-290

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

*zzgl. MwSt. und Versand





Die SPD setzt sich für eine deutliche Begrenzung der Fahrpreiserhöhungen bei den Leipziger Verkehrsbetrieben ein.

Foto: pixabay.com

nicht zwangsläufig zu konstanten Fahrpreisen geführt und wäre ohnehin beihilferechtlich bedenklich gewesen. Den Sozialdemokraten ist

bewusst, dass auch die Leipziger Verkehrsbetriebe mit steigenden Kosten zu kämpfen haben. Die Kostensteigerungen entstehen vor allem

durch die Tarifentwicklung bei den Beschäftigten, aber auch durch höhere Beschaffungskosten für Diesel und Fahrstrom.

ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge

„Wir sehen es allerdings nicht als alternativlos an, dass deshalb regelmäßig die Fahrpreise angehoben werden. Wir sind der Auffassung, dass es auch bei den Verkehrsbetrieben Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung gibt und die sollten im Sinne der Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Die LVB sind nicht für sich selbst da, sondern sind elementarer Teil der Daseinsvorsorge unserer Stadt. Sicher werden wir auch darüber reden müssen, wie sich die Zuschüsse an die Verkehrsbetriebe in den nächsten Jahren entwickeln müssen, um die Angebote so zu verbessern, dass mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen“, so Oßwald abschließend.

Neue Schwerpunkte bei öffentlich geförderter Beschäftigung in Leipzig

SPD-Fraktion für weniger Bürokratie und bessere Verknüpfung mit dem Arbeitsmarkt

Autorin Nicole Wohlfarth, SPD-Stadträtin in Leipzig

Jedem Menschen die Chance zu geben, sein Leben frei und selbstbestimmt zu gestalten, ist ein Kernpunkt sozialdemokratischer Politik. Eine Voraussetzung dafür ist die Berufstätigkeit mit einem anständigen Verdienst auf dem ersten Arbeitsmarkt. Obwohl sich in Leipzig die Beschäftigtenzahlen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht haben, gibt es immer noch ca. 7.500 Langzeitarbeitslose. Die SPD-Fraktion Leipzig hat daher einen Antrag ins Verfahren gegeben, der über die Trägerversammlung das Jobcenter Leipzig dazu auffordert, die Regelungen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung zu überarbeiten. Die Zielstellung dabei ist, die öffentlich geförderte Beschäftigung deutlich näher an die Realität des ersten Arbeitsmarktes heranzubringen, die Träger bürokratisch zu entlasten und die Bewilligung der Maßnahmen transparent zu machen.

Hoher bürokratischer Aufwand

Die Probleme zeigen sich vor allem in den enormen Hürden für die frei-

en Träger. In den Gesprächen der vergangenen Monate hat die SPD-Fraktion nicht nur von gestiegenem bürokratischem Aufwand, sondern auch von unpraktikablen Vorgaben,

die jegliche Erwirtschaftung von Eigenmitteln der gemeinnützigen Vereine oder gGmbHs verhindern, erfahren. Das ist besonders bedenklich, da die Finanzierung über

die Pauschalen des Jobcenters nicht ausreichend ist. Dem gegenüber stehen die positiven Entwicklungen vieler Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Maßnahmen im Bereich des



Leipzig wächst rasant und die Arbeitslosigkeit sinkt – doch nicht alle Menschen profitieren von dieser Entwicklung.

Foto: pixabay.com

öffentlich geförderten Sektors. Die Menschen bekommen nicht nur eine Beschäftigung, die Anerkennung und Selbstbewusstsein bringt, sowie den Wunsch befördert, das eigene Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen.

Schwerpunkt auf den ersten Arbeitsmarkt

Der Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt gelingt dennoch zu selten. Aus Sicht der SPD-Fraktion liegt das vor allem daran, dass die Weisungen der Bundesagentur für Arbeit und insbesondere die Wettbewerbsneutralitätsvorgaben so eng ausgelegt werden, dass eine realitätsnahe Heranführung an die Bedingungen des ersten Arbeitsmarkts völlig unmöglich ist. Gerade diejenigen Träger, die den Vergleich zu anderen Städten und Kommunen kennen, beklagen diesen Umstand.

Chance für die lokale Wirtschaft

Die Initiative soll nicht nur positive Effekte für die Langzeitarbeitslosen und die freien Träger der öffentlich geförderten Beschäftigung haben, sondern auch einen Nutzen für die lokale Wirtschaft bringen. In Bereichen wie zum Beispiel der Dienstleistungsbranche, in denen eine relativ kurze Einarbeitungszeit genügt, können auch Menschen mit einer längeren Unterbrechung ihres Erwerbslebens wieder Arbeit finden. Daher erwarten wir, dass die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer sowie die Vertretung des Garten- und Landschaftsbaus sinnvoll daran mitarbeiten, öffentlich geförderte Beschäftigung als Chance für die lokale Wirtschaft zu verstehen, und nicht nur die mögliche Wettbewerbsverzerrung sehen.

Wir wollen zudem, dass das Jobcenter Leipzig zukünftig öffentlich zugänglich macht, welcher Träger eine Maßnahme der öffentlich geförderten Beschäftigung durchführt. Von dieser Transparenz profitieren letztlich alle: Träger, Langzeitarbeitslose, lokale Unternehmen und die Steuerzahlenden.

SPD-Fraktion Plauen setzt auf Stadtteiltage

Ansprechpartner für alle Stadtteile benannt – positive Erfahrungen im Plauener Norden

Autor SGK Sachsen

Die gemeinsame Fraktion von SPD und Grünen im Plauener Stadtrat setzt für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern seit einiger Zeit auf spezielle Stadtteiltage. Dafür hat die Fraktion jeweils zwei Ansprechpartner für jeden Stadtteil benannt. Die Stadträte wollen sich für die Belange vor Ort stark machen und Ideen der Bewohnerschaft in ihrer politischen Arbeit aufgreifen. Um die Stadträte in den Stadtteilen bekannt zu machen, werden regelmäßig Stadtteiltouren initiiert. Die Landtagsabgeordnete und Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel ist ebenso immer mit von der Partie. Sie beschreibt ihre Intention folgendermaßen: „Das Politische entsteht nur vor Ort, gemeinsam mit den Plauenerinnen und Plauenern. Die Gespräche mit Ihnen sind es, die meine Arbeit bereichern. Aus diesem Grund liegen mir die Stadtteiltouren am Herzen. Lassen Sie uns miteinander sprechen, das machen wir viel zu selten!“

Vielfältiges Besuchsprogramm

So begann der im Oktober angesetzte Stadtteiltag im Plauener Norden um 8 Uhr mit einer Besichtigung der Kindertagesstätte „Gänseblümchen“. Dort stand die Diskussion über die fehlende Vor- und Nachbereitungszeit für Erzieherinnen und Erzieher und der Betreuungsschlüssel auf der Tagesordnung. Weiter ging es zu einer Besichtigung der Konstrukta GmbH und einer Führung durch das Industriegebiet „Nach dem Essigsteig“, an der auch Bürger teilnahmen. Weitere Stationen waren die „Elterninitiative Hilfe für Behinderte und ihre Familien Vogtland e.V.“ und die Abfallentsorgung Plauen. Die dann anschließende Diskussion in einem Kinder- und Jugendtreff drehte sich vor allem um den Fortbestand dieses wichtigen Anlauf-



Das Alte Rathaus am Plauener Altmarkt: Die SPD in der Spitzenstadt setzt auf neue Formate der Bürgerbeteiligung.

Foto: pixabay.com

punktes für Jugendlichen im Stadtteil Haselbrunn.

Dialog auf Augenhöhe

Abgeschlossen wird jeder Stadtteiltag mit einem öffentlichen Grillabend und einer Gesprächsrunde unter dem Titel „Tacheles“, zu der

alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen sind. Auch hier waren die zuständigen Stadträte Klaus Gerber (Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Erdmann (SPD) noch mit zugange und konnten Anregungen für die weitere Arbeit mitnehmen.